

# Wandelsblatt

## Leider keine Stimmen zum Gipfel

„  
Im Auftrag der RWE AG freue ich mich, zu verkünden: Lützi bleibt! Die Räumung ist ab heute vom Tisch. Da wir ab Juli 2023 keine Gewinne mehr machen dürfen, haben wir kein Interesse mehr an weiterer Kohleförderung bei Garzweiler. Für die Versorgungssicherheit ist sie nicht nötig.“



Roger Miesen, RWE Generation

„  
Ich bin der Meinung – nachdem ich nochmal intensiv mit Attac gesprochen habe – dass Versorgungssicherheit und grüne Energie im Interesse der Menschen, nicht des Profits sein müssen. Ein richtiger Energie-Gipfel, ja sogar die gesamte Energiewirtschaft, muss also von den Menschen ausgerichtet und bestimmt werden!“



Robert Habeck, Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz

„  
Die Menschen und nicht der Preis müssen darüber entscheiden können, wer wie viel Energie verbraucht. Um das zu ermöglichen, veröffentlichen wir heute unsere Daten über die Gasverbräuche der Wirtschaft. Das war überfällig!“

Klaus Müller, Bundesnetzagentur



„  
Autos sind schmutziger Schnee von gestern. Die Zukunft heißt (Straßen-)Bahnen! Wir stellen unsere Produktion entsprechend um – gesteuert und kontrolliert vom wichtigsten Gut, das wir haben: unserer Belegschaft.“

Oliver Blume, Vorstandsvorsitzender VW

## Atomkraft Schluss jetzt!

Eine Verlängerung der AKW-Laufzeiten dient der Verdrängung. Zukunft geht anders.

Mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine ist am 24. Februar 2022 nicht zum ersten Mal ein zentrales westliches Dogma zerplatzt: Handel ist eben doch keine Garantie für Wandel hin zu mehr Demokratie, Menschenrechten und Frieden. Wesentliche Fragen des (Über-)Lebens und der Menschlichkeit sind nicht mit Mitteln der kapitalistischen Marktwirtschaft zu lösen.

Bedauern muss man den Verlust dieses Dogmas nicht. Humanitäre Werte hängen schließlich weniger vom Management globaler Wertschöpfungsketten als von der Organisation eines „guten Lebens für alle“ ab. Eine grundlegende Bedingung dafür ist angesichts des drohenden Klimakollapses der Ausstieg aus dem Verbrauch fossiler Energien.

In Deutschland schnappen Konservative und Wirtschaftsliberale vor diesem Hintergrund derzeit gerne nach einem Happen, den ihnen die profaschistische Alternative für Deutschland (AfD) zuletzt vor die Füße geworfen hat: zurück zum vermeintlich CO2-neutralen Atomstrom.

Doch eine Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken ignoriert die Realität. Ohne Frage ist Gas nicht mehr billig, und Atomkraft mag demgegenüber vergleichsweise günstig erscheinen. Eine seriöse Preiskalkulation muss auf Basis aller bekannten Fakten jedoch berücksichtigen, dass Atomkraft nicht sicher und nicht zu versichern ist.

Aktuell in Deutschland weiterlaufende Kraftwerke weisen Risse an Rohren des Primärkreislaufs auf und werden nur unzureichend kontrolliert, während sich schon seit jeher keine Versicherungsgesellschaft findet, die die Risiken eines GAUs einkalkulieren und entsprechend versichern will.

Ein Weiterbetrieb von Atomkraftwerken trägt überdies nicht zur Unabhängigkeit der deutschen Energieversorgung bei. So wird ein bedeutender Teil des Bedarfs an spaltbarem Uran aus Russland bezogen. Und in Bezug auf die deutlich längerfristigen Auswirkungen der bereits begonnenen Klimakrise verdeutlichte der Sommer 2022 die komplette Absurdität des Diskurses über den Erhalt der Atomkraft: Das trotz al-



Attac / acmfoto.de

ler zurückliegenden nuklearen Katastrophen wie in Tschernobyl und Fukushima vorrangig auf Atomkraft setzende Frankreich war zuletzt existenziell auf deutsche Energieimporte angewiesen – austrocknende Flüsse können keine glühenden Brennstäbe kühlen.

„Nein danke“ zur Atomkraft gilt jetzt erst recht, reicht aber nicht. Zu viele Politiker\*innen verdrängen mit einem rückwärts gewandten „Ja“ zu einer potenziell menschenverachtenden Kraft weiterhin, dass die Welt nur durch einen substanziellen Wandel vor dem klimatischen Kollaps bewahrt werden kann. Schluss jetzt. Wir brauchen eine Dezentralisierung und Demokratisierung der Versorgung mit erneuerbaren Energien! Judith Amler

## International Globale Energiewende?

Der Wandel muss weltweit gedacht und umgesetzt werden.

Zahlreiche Initiativen und Organisationen wie Attac setzen sich für eine Energiewende ein. Diese Kämpfe sind notwendig, bleiben aber doch wenig wirksam, wenn eine Energiewende national oder auf Europa beschränkt gedacht wird. Klar ist: Weltweit muss in kurzer Zeit von fossilen auf erneuerbare Energien umgestellt werden, um den Klimakollaps zu verhindern. Und egal wie zäh sich das Ringen um lokale Lösungen gestaltet – global wird es noch schwieriger und unübersichtlicher. Die Ergebnisse der letzten Weltklimakonferenzen, dem einzigen supranationalen Gremium, in dem auch Energiefragen behandelt werden, sind enttäuschend. Die reichen Länder des Globalen Nordens wollen weder als Hauptverantwortliche bei der Energiewende vorangehen, noch sind sie zu größeren Ausgleichszahlungen bereit. Ausgleichszahlungen an Länder, die besonders unter dem Klimawandel und dem globalen ökonomischen Machtgefälle leiden, sind aber Voraussetzung dafür, dass diese Länder sich ökonomisch entwickeln und von eigener Energiearmut befreit werden können.

Zugang zu Energiequellen war im „fossilen Zeitalter“ die Triebkraft geopolitischer Machtkämpfe. In einem „Zeitalter der Erneuerbaren“ könnte diese Triebkraft an Bedeutung verlieren und mehr Multilateralität ermöglichen. Das ist ein Hoffnungsschimmer. Achim Heier

nutzbar zu machen. Die so gewonnene Energie sollte in erster Linie für den regionalen Bedarf zur Verfügung stehen, bevor sie exportiert wird. So könnte selbstbestimmte Entwicklung vorangebracht werden, zum Beispiel um Zugang zu sauberem Trinkwasser zu schaffen, der bislang noch Millionen Menschen in Afrika verwehrt ist. Zum anderen muss eine neue Abhängigkeit durch westliche „Landnahme“ verhindert und die gleichberechtigte Einbindung in Wertschöpfungsketten durchgesetzt werden.

Die aufstrebenden Volkswirtschaften Brasiliens, Russlands, Indiens, Chinas und Südafrikas (BRICS-Staaten) sind dabei unabhängiger, aber wichtige Player. China verfeuert immer noch mehr als die Hälfte der Kohle weltweit, gleichzeitig gibt es große Anstrengungen, den Anteil von Solarenergie zu erhöhen. Russland hat sich ökonomisch weitgehend vom Export von Gas und Öl abhängig gemacht und braucht Ausstiegsperspektiven.

Zugang zu Energiequellen war im „fossilen Zeitalter“ die Triebkraft geopolitischer Machtkämpfe. In einem „Zeitalter der Erneuerbaren“ könnte diese Triebkraft an Bedeutung verlieren und mehr Multilateralität ermöglichen. Das ist ein Hoffnungsschimmer. Achim Heier

Vergesellschaftung Grundversorgung statt Rendite ist angesagt  
▶ 2

Krisengewinnler Warum RWE jubelt, während andere frieren  
▶ 3

Atomkraft Es gibt keinen zukunftsfähigen Atomstrom  
▶ 4



Energiedemokratie Lisa Mittendrein von Attac Österreich im Interview  
▶ 2



Oswawa / photocase.de

## Energie? Vergesellschaftet!

Der Energiegipfel beschließt einen sozial- und klimagerechten Umbau.

Der lange umstrittene Energiegipfel in Berlin hat endlich den Durchbruch für eine sozial ausgewogene und klimagerechte Energiepolitik in Deutschland gebracht. Klimabewegung, Umwelt- und Sozialverbände sowie Gewerkschaften konnten sich nach zähem Ringen mit Politik und Energiewirtschaft auf ein umfassendes Maßnahmenpaket einigen. „Ab sofort stehen die Menschen und das Klima im Mittelpunkt und nicht mehr das Profitstreben der Energiekonzerne“, kommentierte ein Gipfelteilnehmer die Ergebnisse.

Im Vorfeld war dieses Treffen heftig kritisiert worden. Ursprünglich hatte das Handelsblatt geplant, Vertreter\*innen aus Politik und vor allem Wirtschaft eine Plattform zu bieten und mit vierstelligen Eintrittspreisen versucht sicherzustellen, dass die wirtschaftlichen Interessen der Konzerne ohne Widerspruch dort verhandelt werden können. Erst nach massivem Einspruch, vor allem aus den Reihen zivilgesellschaftlicher Akteure wie der globalisierungskritischen Organisation Attac, wurde dieser Energiegipfel öffentlich, unter demokratischen Vorzeichen und Einbeziehung der Zivilgesellschaft durchgeführt. Im Fokus standen die Bedürfnisse der Menschen. „Energie ist ein zentrales gesellschaftliches Thema, das sich am Bedarf der Menschen orientieren muss. Es geht nicht an, dass solche zentralen gesellschaftlichen Fragen unter Ausschluss der Öffentlichkeit auf einer privaten Luxusveranstaltung diskutiert werden und sich die Veranstalter\*innen dabei auf die Interessen derer konzentrieren, die an Gewinnung, Handel und Verbrauch von Energie verdienen wollen“, so eine Vertreterin von Attac.

„  
Energie ist ein Gemeingut wie Bildung und Gesundheit. Damit darf kein Gewinn gemacht werden.“

Stellungnahme des Bundeswirtschaftsministeriums zum Energiegipfel

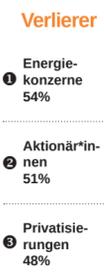
32 Mio. Menschen hatten gefordert, dass der Energiegipfel demokratisch legitimiert wird.

Ergebnis der Bürger\*inneninitiative für einen echten Energiegipfel

Günstige Grundversorgung und teurer Luxusverbrauch: Damit hohe Energiepreise Menschen nicht weiter in Armut treiben können, wird jedem Menschen ab sofort ein kostengünstiges Grundkontingent an Energie garantiert. Der Preis dafür soll bei 3 Cent pro Kilowattstunde Gas und 20 Cent pro Kilowattstunde Strom liegen. Damit wird verhindert, dass sich einige Millionen Familien wegen der aktuellen Energiepreise verschulden müssen. Verbrauch an Gas und Strom, der über das Grundkontingent hinausgeht, steigt im Preis progressiv an. Das macht Luxusverbrauch unattraktiver und dient gleichzeitig der Querfinanzierung des Grundkontingents.

Die neue Regelung ersetzt das bisherige, stark kritisierte „Gießkannenverfahren“, nach dem 80 Prozent des tatsächlichen Verbrauchs subventioniert wurden. Da mit dieser Regelung zum Beispiel das Beheizen von Swimmingpools von der Allgemeinheit bezahlt wurde, das Verfahren Vielverbraucher bevorteilte und kaum Anreize zum Energiesparen setzte, hatte sie zu massiven Protesten geführt. Die Regierung musste den Energiegipfel einberufen.

Für die Grundversorgung wird bei Mietwohnungen zusätzlich zur Haushaltsgröße der energetische Zustand berücksichtigt. Vergünstigungen für die Mieter\*innen wegen schlechter Dämmung sind dann an Auflagen für Vermieter geknüpft, die Wohnung innerhalb einer bestimmten Frist energetisch zu sanieren. „Wir begrüßen die Beschlüsse. Die neue Regelung kommt einkommensschwächeren Menschen zugute und setzt mehr Sparanreize zum sorgen weiter ▶ 2



Stand 8.15 Uhr

## Leider Alles gar nicht wahr

Schön wäre ein Wandelsblatt voll echter guter Nachrichten – doch für dieses Mal haben wir uns den Titelbeitrag leider nur ausgedacht. Es muss noch viel geschehen, bis die News unseres Leitartikels wahr werden. Hoffnungsvolle Ansätze und Alternativen stellen wir auf den restlichen Seiten vor. Um sie durchzusetzen, braucht es noch viel politische Überzeugungsarbeit und Engagement. Die Arbeit von Attac kann man auf vielfältige Art unterstützen – alles, was es dazu zu wissen gibt, findet sich unter [attac.de/mitmachen](http://attac.de/mitmachen).

## Attac Eine andere Welt ist möglich

Attac befasst sich mit den Problemen, die die neoliberale Globalisierung mit sich bringt. Als Bildungsbewegung mit Aktionscharakter und Expertise bieten wir dazu fundierte Analysen sowie klare Forderungen. Die Probleme in der globalisierten Welt nehmen zu. Die soziale Ungleichheit verschärft sich, Millionen Menschen hungern, viele arbeiten unter menschenunwürdigen Bedingungen. Unternehmen und Konzerne schreiben Rekordgewinne und erhöhen dennoch massiv die Preise für Grundbedarfe wie Wohnen oder Energieversorgung, Bildung, Wissen, Gesundheit, Altersvorsorge werden privatisiert und damit vom Allgemeingut zum Luxusobjekt. Das Klima verändert sich rasant, aber gegen den Ausstoß von Treibhausgasen wird viel zu wenig getan, und um fossile Rohstoffe werden Kriege geführt. Diese Entwicklungen sind die Folge politischer Entscheidungen, die wir nicht tatenlos hinnehmen. Deshalb setzen wir uns für eine ökologische, solidarische und friedliche Weltwirtschaftsordnung ein.

## Hintergrund Mehr Infos im Netz

Nicht nur die Online-Version des Wandelsblatts gibt es unter [wandelsblatt.com](http://wandelsblatt.com) im Netz. Zahlreiche weitere Hintergrundinformationen über die Konzepte von Attac finden sich online. So beschäftigt sich Attac auf vielen Ebenen mit dem sozial-ökologischen Umbau, zu Mobilität zum Beispiel im Rahmen der Kampagne [einfach.umsteigen](http://einfach.umsteigen) unter [attac.de/einfach-umsteigen](http://attac.de/einfach-umsteigen). Und um Fragen von Energie und sozialer Gerechtigkeit geht es zum Beispiel unter [attac.de/warme-huetten-kalte-palaeste](http://attac.de/warme-huetten-kalte-palaeste).

samen Umgang mit Energie“, sagte eine Vertreterin des zivilgesellschaftlichen Bündnisses EnergieGerecht.

Die garantierte Grundversorgung ist keine Alternative zum „Klimageld“, das vor einigen Wochen beschlossen wurde, sondern eine Ergänzung. Das Klimageld – die Rückzahlung der CO<sub>2</sub>-Bepreisung an die Bürger\*innen – hat auch eine umverteilende Komponente, da jede\*r den gleichen Betrag erhält, obwohl Menschen mit höherem Konsum mehr einzahlen. Das Klimageld kann aber die starken Preisanstiege für Energie aufgrund der Turbulenzen auf den Energiemärkten nicht auffangen. Diese Lücke schließt die garantierte günstige Grundversorgung.

**Gewinne werden abgeschöpft, Konzerne vergesellschaftet:** Die skandalös hohen Gewinne der Energiekonzerne in der Energiekrise gehören der Vergangenheit an. Nachdem die EU bereits eine Abgabe von 33 Prozent auf alle Gewinne, die 20 Prozent über den letzten Durchschnittsgewinnen liegen, beschlossen hat, setzt die Bundesregierung zu einem größeren „Wumms“ an. Ab 1. Juli werden sämtliche Konzerngewinne im Energiesektor abgeschöpft. „Energie ist ein Gemeingut wie Bildung und Gesundheit. Damit darf kein Gewinn gemacht werden“, hieß es dazu aus dem Wirtschaftsministerium. Die Vertreter\*innen der großen Energiekonzerne RWE, EON, EnBW und Vattenfall reagierten darauf mit einem Paukenschlag und kündigten an, sich völlig aus dem Energiesektor zurückzuziehen. „Da der Zweck privatwirtschaftlichen Handelns nicht mehr erfüllt werden kann, werden wir die Konsequenzen ziehen und uns andere Aufgabenbereiche suchen“, sagte der RWE-Vorstandsvorsitzende Markus Krebber. „Wir werden die bestehenden Strukturen in Anstalten öffentlichen Rechts überführen“, reagierte das Wirtschaftsministerium.

Die Pläne sind ein Paradigmenwechsel in der Industriepolitik. Vertreter\*innen der Zivilgesellschaft fördern seit langem eine Vergesellschaftung des Energiesektors. „Aus Profitinteresses haben Energiekonzerne an Kohle oder Atomkraft festgehalten und damit eine klimagerechte Energiepolitik verhindert. Höchste Zeit, ihnen den Stecker zu ziehen“, so ein Vertreter von EnergieGerecht.

**Maßnahmen zum schnellen Ausbau der Erneuerbaren:** Als deutschen Beitrag, den Klimakollaps zu vermeiden, hat der Energiegipfel die Schlagzahl beim Umstieg von fossilen auf erneuerbare Energien nochmals verschärft. Um bis 2025 den Anteil der Erneuerbaren auf 90 Prozent zu erhöhen, wurden unter anderem Genehmigungsverfahren für Windkraft- und Solaranlagen verschlankt und finanzielle Hilfen für kleinere Betreiber\*innen angekündigt. Um die riesige Nachfrage nach Anlagen befriedigen zu können, sollen Bereiche der Automobilindustrie für die Produktion von Wärmepumpen, Windkraft- und Solaranlagen umgerüstet werden. Zusätzlich werden mit einem Milliardenprogramm Beschäftigte zu Techniker\*innen für Installation und Wartung von Anlagen für Erneuerbare Energie umgeschult. „Die Energiewende erfordert eine andere Arbeitsmarkt- und Industriepolitik“, sagte eine IG-Metall-Vertreterin.

**Demokratische Kontrolle über Nutzung der Energie:** Erneuerbare Energien werden auf absehbare Zeit ein knappes Gut mit hoher Nutzungskonkurrenz sein. Daher stehen Energieeffizienz und Vermeidung von Energieverschwendung künftig noch stärker im Fokus. Da ein Großteil der Energie in der Wirtschaft und für Dienstleistungen verbraucht wird, muss dieser Verbrauch auf den Prüfstand. „Die Gesellschaft muss demokratisch darüber entscheiden, wofür sie die erneuerbare Energie nutzt. Wir brauchen eine Diskussion darüber, welche Produkte und Dienstleistungen sich die Gesellschaft klimapolitisch noch leisten und wofür sie verzichten kann. Es hilft nicht, einfach Verbrenner durch E-Autos zu ersetzen“, sagte ein Sprecher von Attac. „Deshalb verlangen wir, die Daten über Energieverbräuche in der Industrie offenzulegen, die Bundesnetzagentur in den letzten Monaten im Rahmen der Energiekrise erhoben hat.“ Achim Heier

Energiedemokratie

## Für demokratische Kontrolle des Energiesektors

Fünf Fragen an Wirtschaftsexpertin Lisa Mittendrein von Attac Österreich.

**Warum spielen die Energiepreise verrückt?** Die Preise steigen bereits seit Sommer 2021: als Folge leerer Speicher nach einem kalten Winter, wegen des wirtschaftlichen Aufschwungs und weil Gazprom die Liefermengen gedrosselt hat. Explodiert sind die Preise dann mit dem Beginn des Ukrainekriegs. [...] Das Problem ist nicht nur der Ukrainekrieg, sondern die politische Gestaltung unserer Energieversorgung: die Abhängigkeit vom Import fossiler Brennstoffe und die liberalisierten Energiemärkte.

**Wie ist dieser liberalisierte Energiemarkt strukturiert?** Durch die Liberalisierung wurden die Energieerzeugung, das Netz und der Vertrieb voneinander getrennt. Der Handel mit Energie funktioniert seither so, dass Energieproduzenten, -versorger und -großabnehmer Strom und Gas an Energiebörsen handeln. Dadurch ergeben sich starke Preisschwankungen, vor allem in unsicheren Situationen. Das System ist darauf ausgelegt, kurzfristig die Preise zu optimieren, statt langfristig zu planen. [...] Die Krise zeigt, dass wir eine starke demokratische Kontrolle über die Energieproduktion und -verteilung brauchen. Statt des profitorientierten Marktes soll es mittelfristig einen kooperativen europäischen Energierraum geben. Strom und Gas sollen nicht mehr über Börsen gehandelt werden. Der nötige Ausgleich und der Handel von Energie sollte über öffentlich kontrollierte Stellen ablaufen und so Sicherheiten garantieren.



Attac / Philip Eichler

**Wie schaffen wir es, dass Energie gespart wird – aber nicht nur von denen mit wenig Geld?** Energie ist ein Grundbedürfnis – Kochen, Duschen und Heizen muss für alle möglich sein. Gleichzeitig ist Energie ein kostbares Gut, und wir müssen den gesellschaftlichen Verbrauch aus ökologischen Gründen stark senken. Um soziale und ökologische Ziele zu verbinden, fordert Attac Österreich einen dauerhaften Energie-Grundanspruch. Der Grundbedarf an Energie soll als Teil der Daseinsvorsorge allen kostenlos oder sehr günstig zur Verfügung stehen. Dabei sind ein paar Faktoren, allen voran die Haushaltsgröße, zu berücksichtigen. Jenseits dieses Grundbedarfs sollen die Preise progressiv ansteigen, um verschwenderischen Verbrauch zu senken. In Deutschland hat das Konzeptwerk Neue Ökonomie eine ähnliche Forderung, die auch von Attac Deutschland unterstützt wird.

**Wie kann das finanziert werden?** Der Energie-Grundanspruch finanziert sich zum Teil selbst, weil hoher Verbrauch teurer wird. Die Energieversorger müssen diese Mehreinnahmen mit den Kosten für den Energie-Grundanspruch verrechnen. Die Lücke kann durch die öffentliche Hand kompensiert werden, allerdings nur unter klaren Voraussetzungen, etwa dem Verbot von Dividenden-Ausschüttungen und Manager-Boni. Grundsätzlich können Differenzen mit einer Übergewinnsteuer abgedeckt werden.

**Was sind die wesentlichen Pfeiler eures Modells der „Energiedemokratie“?** Energiedemokratie ist die Vision für die Zukunft unseres Energiesystems. Sie bezeichnet das Recht der Menschen, dieses System selbst zu kontrollieren und seinen ökologischen und sozialen Umbau rasch umzusetzen. Dieser Umbau hat drei Säulen. Erstens die ökologische Säule, also die deutliche Senkung des Energieverbrauchs und der Umstieg auf 100 Prozent erneuerbare Energie. Zweitens die Demokratisierung des Energiesystems, das heißt eine weitgehende Vergesellschaftung der Erzeugung und Verteilung von Energie und den Aufbau von alternativen Strukturen. Das können Bürger\*innenkraftwerke, Energiegenossenschaften und demokratische Stadtwerke sein. Die dritte Säule ist der universelle Zugang zu Energie.

(Ungekürztes Interview: zeitschrift-luxemburg.de/artikel/die-krise-zeigt-wir-brauchen-eine-demokratische-kontrolle-des-energiesektors)

Vergesellschaftung

## Keine Rendite mit der Grundversorgung

Die Energieversorgung gehört in öffentliche Hände.

Der Zugang zu Energie ist ein Grundrecht. Mit der Privatisierung der Stromversorgung innerhalb der Europäischen Union vor über 20 Jahren ist Energie aber immer mehr zur Ware geworden, mit ihr lässt sich viel Geld verdienen. Wer über kein oder zu wenig Geld verfügt, wird von ihrer Nutzung ausgeschlossen. Bis 1998 wurde in Deutschland die Stromversorgung für Privathaushalte von den Kommunen organisiert. Sie betrieben Stadtwerke oder beauftragten Unternehmen damit. Mit der Privatisierung der Energieversorgung durch die EU änderte sich dies grundlegend. Statt der öffentlichen Hand soll nun allein der Markt die Versorgung mit Gas und Strom sicherstellen. Der Staat hat sich darauf zurückgezogen, den Strommarkt zu regulieren und nur noch in Krisensituationen, wenn die Stromversorgung zusammenzubrechen droht, direkt eingzugreifen. In einer solchen Krisensituation befinden wir uns aktuell.

Begründet wurde die Privatisierung des Energiemarktes damit, dass so die Stromkosten für die Verbraucher\*innen sinken würden. Diese Entwicklung ist nicht eingetreten. Stattdessen wurden mit der Privatisierung öffentliches Vermögen ver-

schertelt und damit neue sichere Anlagemöglichkeiten für institutionelle Vermögensverwaltungen geschaffen. Seither ist viel Profit in private Taschen geflossen. Das Versprechen sinkender Energiepreise wurde nicht eingehalten und die Allgemeinheit trägt die Defizite, während private Gewinne weitgehend unangetastet bleiben. Wäre es da nicht sinnvoll, die Energieversorgung gesellschaftlich zu organisieren? Ja! Aber wie? Die privatisierten Stadtwerke könnten re-kommunalisiert werden. Teilweise geschieht dies bereits. Seit 2000 finden in Deutschland schon 279 Re-kommunalisierungen im Energiesektor statt. Kommunen haben erkannt, dass sie mit eigenen Stadtwerken Klimaschutzmaßnahmen besser umsetzen können. Zudem spielen Stadtwerke in kommunalem Eigentum Einnahmen in die öffentlichen Kassen. Auch die Überlandnetze, die sich zurzeit in den Händen von vier Monopolisten befinden, könnten in Anstalten des öffentlichen Rechts unter Federführung der Länder überführt werden. Aber es reicht nicht, Stadtwerke nur zu re-kommunalisieren. Sie müssten auch demokratisiert werden. Warum sollten in den Aufsichtsräten nur Poli-

ker\*innen sitzen? Stadtwerke können auch so organisiert werden, dass Umwelt- und Sozialverbände sowie Stromkund\*innen dort vertreten sind. Und selbstverständlich sollten auch die Beschäftigten angemessen beteiligt sein. Mit eigenen Stadtwerken könnten die Kommunen direkteren Einfluss auf die Netzarchitektur nehmen. Sie könnten das lokale Netz so gestalten, dass es die optimalen Voraussetzungen für den Anschluss dezentraler Anlagen für erneuerbare Energie bietet. Gleichzeitig müsste das Erneuerbare-Energien-Gesetz so verändert werden, dass es kleine Energieanlagen und Energiespeicher von Bürger\*innen, von Energiegenossenschaften und ähnlichen Akteuren fördert und nicht in erster Linie Großanlagen von Konzernen. Auf jedem Dach eine Solaranlage, egal ob auf städtischen Gebäuden, Ein- und Mehrfamilienhäusern oder auf Gewerbegebäuden – das muss das Ziel sein, nicht großtechnische Anlagen, die weite Transportwege notwendig machen und neue Abhängigkeiten schaffen. Die Energiewende muss nicht nur ökologisch nachhaltig, sondern auch dezentral und demokratisch sein! Thomas Eberhardt-Köster



Attac / Philip Eichler

Krisengewinnler

## RWE jubelt

Die Armen frieren, der Konzern fährt satte Gewinne ein.

Die Energiepreise haben schwindelerregende Höhen erklommen, die von vielen Menschen nicht mehr zu bezahlen sind. Währenddessen jubelt der Energiekonzern RWE über einen verdoppelten Milliarden Gewinn und erwartet für dieses Jahr 5,5 Milliarden Euro. Dachte man noch vor Kurzem, dass dieser Konzern, der allein für ein Viertel des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes in der Bundesrepublik verantwortlich ist, als fossiler Dinosaurier in die Geschichte eingehen würde, haben Finanzinvestoren wie Blackrock und das Emirat Katar verstanden, dass hier auch in Zukunft hohe Renditen winken.

Eine Übergewinnsteuer hält der Konzern trotzdem für eine Ausgeburt des Teufels und droht: „Wenn das so umgesetzt wird, müssen wir fürchten, dass neue Investitionen in erneuerbare Energien ausbleiben.“ (Michael Müller, Finanzvorstand von RWE). Solche Erpressungen und alle Formen offener politischer Einflussnahme haben bei RWE Tradition. Schon Anfang des 20. Jahrhunderts beglückte Stinnes die Kommunen mit RWE-Anteilen und Aufsichtsratsposten, und als die Aufsichtsratsposten per Gesetz beschränkt wurden, wurden als Organe der „legalen Korruption“ 1932 die Regional-Beiräte gegründet, in denen zum Beispiel auch heute noch rund 80 NRW-Kommunalpolitiker\*innen sitzen - für jeweils 7000 Euro im Jahr. Schon 1986 schrieb der Spiegel: „Im



**Wenn das so umgesetzt wird, müssen wir fürchten, dass neue Investitionen in erneuerbare Energien ausbleiben.**

Michael Müller, RWE-Finanzvorstand zur Übergewinnsteuer – nachdem RWE für 2022 und 5,5 Milliarden Euro Gewinn erwartet. Damit sollte es leicht fallen, in Erneuerbare zu investieren. Deshalb muss die Gesellschaft entscheiden, wo Gewinne investiert werden – Erneuerbare vor Boni und Dividenden!

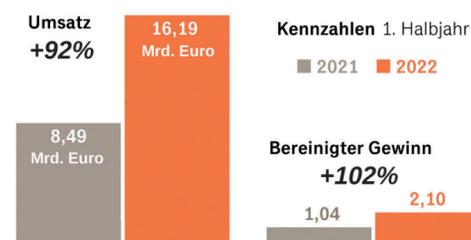
Versorgungsgebiet des Konzerns gibt es kaum einen Landrat, Oberkreisdirektor, Stadt- oder Oberstadtdirektor, der nicht bei der Stromfirma einen Nebenverdienst hätte.“ Durch die persönlichen Verbindungen und Verstrickungen zwischen RWE und staatlichen Strukturen ist es dem Konzern jahrelang gelungen, gegen alle Klimaziele weiter die fossilen Energieträger auszubehuten. Dafür steht beispielhaft auch der Deal mit der Landes- und Bundesregierung, nach dem RWE „bereits“ 2030 (statt 2038) aus der Kohle aussteigen will. Er beschert dem Konzern Extra-Profit, denn so können Drecksmeiler weiterlaufen, die eigentlich aus klimapolitischer Sicht in Kürze abgeschaltet werden müssten. Unterm Strich wird RWE mit dem „früheren“ Ausstieg mehr CO<sub>2</sub> in die Luft pusten, als vorher bis 2038 vorgesehen war, und kann sich auch noch als grüner Vorreiter feiern lassen.

Auch international ist RWE überall dabei, wo es mit fossiler Energie noch Profit zu machen gibt. So mischt RWE bei dem Offshore-Gasprojekt vor der australischen Küste mit. Dort wird mit einem Ausstoß von knapp zwei Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub> gerechnet – mehr als doppelt so viel, wie ganz Deutschland in einem Jahr emittiert. Und dieses Projekt bedroht direkt das Great Barrier Reef in seinem Bestand.

RWE ist heute in 36 Ländern vertreten und verteidigt seine fossile Strategie mit Zähnen und Klauen. Weil die Niederlande 2019 den Kohleausstieg beschlossen haben, hat RWE sie auf eine Entschädigung von 1,4 Milliarden Euro verklagt. Gerade ist dies vom Haager Gericht abgewiesen worden; RWE kommentiert empört: „Ein Eingriff in unser Eigentum, ohne eine Entschädigung dafür zu erhalten, ist nicht akzeptabel.“

Bis vor kurzem war Sonnen- und Windenergie noch durch private und genossenschaftliche Initiativen dezentral organisiert. Aber heute ist RWE einer der international führenden Ökostromanbieter und arbeitet daran, diesen profitversprechenden Markt genauso zentralistisch zu organisieren wie die bisherige Energieversorgung. Insofern ist die anfangs zitierte Erpressung vielleicht gar keine Drohung, sondern ein Versprechen. Annette Schnoor / Törk Hansen

### RWE in Zahlen



### Konzeptwerk Neue Ökonomie Soziale und klimagerechte Energietarife

Progressive Energietarife sind sozial gerecht und klimagerecht, denn sie dienen dazu, unnötigen Energieverbrauch zu senken, und sorgen gleichzeitig für Kostenentlastung beim notwendigen Grundbedarf. Dabei kann an Erfahrungen in verschiedenen Regionen (zum Beispiel Italien, Südkorea, Kalifornien) angeknüpft werden.

Ein solches Tarifsystem kann Ängste vor der Transformation verringern und Sicherheit schaffen: Für den Grundbedarf wird gesorgt sein. Gerade fossile Energiepreise werden am Weltmarkt weiterhin stark schwanken. Progressive Tarife können in der Übergangszeit dazu beitragen, dass diese Ängste nicht zu erneuter politischer Unterstützung für immer weitere fossile Investitionen führen.

Auch für das Gelingen der Energiewende ist es wichtig, den Gesamtverbrauch an Energie zu senken. Der Ausbau der Erneuerbaren wird noch längere Zeit brauchen – und je mehr davon benötigt wird, desto höhere wirtschaftliche, soziale und ökologische Kosten verursachen auch diese Infrastrukturen. Daher reicht es nicht aus, über CO<sub>2</sub>-Preise nur den fossilen Energieverbrauch zu regulieren.

Energie wird auch in Zukunft ein kostbares Gut sein. Sie ist für alle Menschen lebensnotwendig. Daher sollte sie nicht einfach als Ware meistbietend gehandelt, sondern stärker bedürfnisorientiert verteilt werden. Ein progressives Tarifsystem würde das Recht auf eine Energie-Grundversorgung nach bestimmten Kriterien verwirklichen: Grundbedarf muss bezahlbar sein, Luxusverbrauch teurer.

Dieser Deal spiegelt sich auch im Finanzierungsmodell wider: Der günstigste Grundzonen-tarif wird über die teuren Tarife in den höheren Zonen querfinanziert. Je nachdem wie erfolgreich das Modell den Verbrauch in den höheren Zonen senkt, müssten die Tarife gegebenenfalls angepasst oder Ungleichgewichte staatlich kompensiert werden. Auch Preisschocks wie 2021/22 auf dem Gasmarkt können möglicherweise nicht alleine über Anpassungen in den höheren Zonen ausgeglichen werden. Der Preis für den Grundbedarf müsste gegebenenfalls staatlich stabilisiert werden. Das vollständige und ausführliche Konzept des Konzeptwerks findet sich im Netz unter [konzeptwerk-neue-oekonomie.org](http://konzeptwerk-neue-oekonomie.org)